



Antrag

der Fraktion der SPD

Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Entwicklung des Infektionsgeschehens in den letzten Monaten hat klar gezeigt, dass eine schnelle Überwindung der Corona-Krise nicht zu erwarten ist und dass die umfassenden Maßnahmen, die sich auf das gesamte gesellschaftliche Leben und ganz besonders auf die Bildung auswirken, noch auf nicht absehbare Zeit (möglicherweise in veränderter Form) fortgeführt werden müssen. Der Schutz der Gesundheit, die Prävention gegen das Virus müssen dabei uneingeschränkte Priorität haben.

Daraus ergeben sich Konsequenzen für alle, die Verantwortung für die Bildung tragen und diese Verantwortung ernst nehmen. Dazu gehören:

1. Das Eingeständnis, dass das Schuljahr 2020/21 nicht „normal“ zu Ende gehen wird. Präsenzunterricht ist pädagogisch wie didaktisch die beste Option, wird aber in nächster Zeit nicht allgemein umgesetzt werden können, sondern muss von den regionalen Inzidenzwerten abhängig gemacht werden. Soweit die Inzidenzwerte für einen allgemeinen Präsenzunterricht noch überschritten werden, muss es der Verantwortung der Eltern überlassen werden, ob ihre Kinder in die Schule sollen. Soweit die Schülerinnen und Schüler in die Schule gehen, treffen sie dort in kleinen Gruppen aufeinander. Abstriche vom

- regulären Stundenplan und damit auch bei den Inhalten von Klausuren und Abschlussprüfungen sind unvermeidlich.
2. Die Bereitschaft, die Schulträger bei der Entwicklung von Hygienekonzepten nicht allein zu lassen. Belüftungsmöglichkeiten, Luftfilter, zusätzliche Räume, geteilte Klassen – alle Möglichkeiten müssen auf den Tisch.
 3. Die Fürsorge, Lehrerinnen und Lehrer bei der Entwicklung paralleler Präsenz- und Distanzangebote nicht alleine zu lassen. Es kann nicht dieselbe Lehrkraft sein, die eine halbe Klasse in Präsenz unterrichtet und die andere Hälfte in Distanz.
 4. Die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die im Distanzunterricht lernen müssen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Corona-Krise die soziale Chancenungleichheit in Deutschland wieder wachsen lässt. Es darf keine Bildungsverlierer wegen Covid-19 geben!
 5. Die Neuaufstellung der Teststrategie. Wo sich viele Menschen auf engem Raum treffen, und dazu zählen Schulen auch nach den oben beschriebenen Maßnahmen, muss regelmäßig getestet werden.
 6. Die Bereitstellung von FFP2-Masken in ausreichender Zahl. Wer sich an der Schule zu Präsenzangeboten trifft, muss dort auch FFP2-Masken angeboten bekommen.
 7. Die besondere Bedeutung der Schutzimpfungen gegen Covid-19 für Lehrkräfte, unabhängig von ihrem Lebensalter. Lehrerinnen und Lehrer sind durch die vielen Kontakte mit Schülerinnen, Schülern und anderen besonders ansteckungsgefährdet.

Martin Habersaat
und Fraktion